

Elterninitiative zum Erhalt der Kinderkrebstation im St. Annastiftskrankenhaus in Ludwigshafen am Rhein

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse

Kontaktpersonen

Ina Wegner
Menzelstraße 5
67061 Ludwigshafen
Tel. 0621 / 56 54 01
Mobil: 0177 / 27 23 816
wehmhoerner@web.de

Michael Eichin
Relaisstr. 13
68219 Mannheim
Tel. 0621 / 89 30 565
Mobil: 0176 / 24 25 08 56
michael.eichin@t-online.de

Per Bote

Fax der Elterninitiative:
0621 / 62 99 99 14

Ludwigshafen, den 13.09.2007

Kinderkrebstation St. Annastift

Sehr geehrte Frau Dr. Lohse,

Ihr Schreiben vom 06.09.2007 haben wir irritiert zur Kenntnis nehmen müssen. Es ist bedauerlich, dass Sie das Ziel der Elterninitiative nicht kennen. Das Ziel der Elterninitiative ist nicht eine Kooperation zu verhindern bzw. ist nicht gegen eine Kooperation gerichtet, sondern Ziel der Eltern ist die Aufrechterhaltung der Kinderkrebstation Michael 2. Ich habe dies insbesondere während unseres gemeinsamen Gespräches vor wenigen Tagen mehrfach erwähnt.

Was die betroffenen Eltern sich von Ihnen als Oberbürgermeisterin der Stadt gewünscht hätten und was leider Ihrerseits unterblieben ist, habe ich Ihnen während unseres persönlichen Gespräches erläutert. Zu guter Letzt haben Sie uns auf unsere Anfrage nach geeigneten Räumlichkeiten für den Runden Tisch einen Saal in einem Altenheim angeboten. Nach Besichtigung und nach Rücksprache mit der Hausmeisterin konnte nur noch festgestellt werden, dass dieser Saal für unser - Ihnen gegenüber detailliert erläutertes - Vorhaben vollkommen ungeeignet war. Ich gehe nicht davon aus, dass Sie selbst die Räume für ein solches Gespräch genutzt hätten. Die angebotenen Räume sprechen für sich.

Wir bezweifeln, dass Sie unsere Argumente nachvollzogen haben. Wenn tatsächlich für Sie aus kommunaler Sicht die „optimale Versorgung der krebskranken Kinder“ im Vordergrund stehen würde, hätten Sie sich um den Fortbestand der Kinderkrebsstation Michael 2 bemühen müssen. Warum Sie sich – ohne Gespräch mit der Elterninitiative – dazu entschlossen haben, eine „Kooperation“ dem Fortbestand der Kinderkrebsstation vorzuziehen, erschließt sich uns nicht.

Ihre bedauerliche Unkenntnis tritt insbesondere durch Ihren Anruf bei Frau Ministerin Malu Dreyer hervor, in dem Sie um finanzielle Mittel baten. Den öffentlichen Diskussionen hätten Sie entnehmen können, dass für die drohende Schließung nach Verlautbarungen des Krankenhausträgers primär nicht fehlende „Mittel“, sondern - lt. Krankenhausträger - angeblich neu vorhandene Qualitätsvorgaben verantwortlich sind. Im Übrigen dürfte Ihnen bekannt sein, dass eine derartige Anfrage bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilt war, da Landeszuweisungen von Sonderzulagen nur bei „Versorgungsengpässen“ möglich sind. Wir hatten den Eindruck, Sie wollten nur den „Schwarzen Peter“ an das SPD geführte Ministerium weiterleiten.

Mit Interesse nehmen wir Ihre Aussage zur Kenntnis, dass Sie sowohl von der Bundesgesundheitsministerin als auch von der rheinland-pfälzischen Gesundheitsministerin erfahren haben wollen, dass keine Möglichkeit besteht, die Schließung abzuwenden. Die Krankenkassen, die Vertreter der Landesregierung, die Gesellschaft für Pädiatrische Onkologie und Hämatologie und die Deutsche Kinderkrebsstiftung werden Ihnen bestätigen können, dass der Fortbestand der Kinderkrebsstation auch unter dem Eindruck der neuen Qualitätskriterien ausschließlich im Willen der Geschäftsführung stand. Alle anderen Gründe waren – wie wir bereits mehrfach öffentlich dargestellt haben – vorgeschoben. Der Träger musste angesichts der vorhandenen Fachkompetenz am Runden Tisch eingestehen, dass es letztlich allein „unternehmerische Gründe“ für die Schließung gibt. Die so genannten Killer-Faktoren, die im März als Schließungsgründe genannt wurden (z.B. Vorhandensein eines MRT/CT) wurden allesamt am Runden Tisch bearbeitet und als vorgeschobene Schließungsgründe erkannt. Der Vorsitzende der Gesellschaft für Pädiatrische Onkologie und Hämatologie Herr Prof. Dr. Klingebiel (Universitätsklinikum Frankfurt) hat sich dahingehend geäußert, dass er keine Killer-Faktoren sehe, die zwangsweise zur Schließung der Station führen müssen. Diese Sichtweise wurde ausdrücklich auch von dem Vorsitzenden des Dachverbands der Deutschen Leukämie Forschungshilfe Herrn Ulrich Ropertz und von dem Augsburgener Moraltheologen Prof. Dr. Piegsa geteilt.

Wir können den Vorgang nur noch dahingehend verstehen, dass es dem Krankenhausträger darum geht, Räume für die seitens der Stadt begehrte Jugendpsychiatrie freizumachen. Dass Sie hiervon nichts gewusst haben, ist nur schwer glaubhaft.

Ihre Aussage, dass mit dem erarbeiteten Kooperationsvertrag auch langfristig eine qualitätsgesicherte und wohnortnahe Versorgung der Kinder aus Ludwigshafen gewährleistet ist, ist falsch.

Eine Abkopplung einer stationären kideronkologischen Abteilung von einer kideronkologischen Ambulanz bedeutet wohl das absehbare Ende der „übrig gebliebenen“ kideronkologischen Ambulanz. Ein Ende der gesamten Kinderonkologie im Annastift ist nicht „nur“ aus wirtschaftlichen Gründen, sondern unter Umständen auch aus Qualitätsgründen absehbar. Dies wurde im übrigen von Seiten des Vorsitzenden der Gesellschaft für Pädiatrische Onkologie und Hämatologie Herr Prof. Dr. Klingebiel bestätigt. Bei der Verdachtsdiagnose „Krebs“ muss ein Kind an ein entsprechendes Zentrum verwiesen werden, da einerseits eine schnellstmögliche Diagnostik und damit verbunden ein schnellstmöglicher Behandlungsbeginn die Qualität (und das Überleben) sichert. Die Diagnostik und die Behandlung ohne Not an zwei unterschiedlichen Standorten stattfinden zu lassen, entspricht nicht dem medizinischen Standard. Zudem haben hier die Kostenträger erhebliche Zweifel, ob eine Diagnostik im Annastift – wenn die stationäre Behandlung vor Ort nicht stattfindet – über DRG abgerechnet werden darf / kann. Wir sind bestürzt darüber, dass Sie sich in einer solchen bedeutenden Aussage scheinbar ohne weiteren Hintergrund der Sichtweise der Geschäftsführung anpassen. Das ist nicht im Sinne einer bestmöglichen Versorgung krebskranker Kinder.

Zu Ihrer Aussage, dass die Kooperation von Seiten des zuständigen Gesundheitsministeriums und dem Kostenträger als optimale Lösung begrüßt wird, bleibt ebenfalls festzustellen, dass dies falsch ist. Die Kooperationsvereinbarung wird nur akzeptiert. Eine andere Möglichkeit mit der Entscheidung des Krankenhausträgers umzugehen gibt es insbesondere aus Sicht der Kostenträger auch nicht. Zudem ist der konkrete Inhalt der Kooperationsvereinbarung weder dem Land noch der Stadt oder im Bund bekannt. Die Kooperationsvereinbarung wird seitens des Krankenhausträgers geheim gehalten. Uns ist lediglich versehentlich bekannt geworden, dass die Kooperation als sofort aufkündbar gestaltet wurde und im Grunde nur wechselseitige Absichtserklärungen beinhaltet.

Sie haben mit der Geschäftsführung gesprochen. Diese hat Ihnen versichert, auf unsere Wünsche hinsichtlich des Kooperationsvertrags einzugehen. Zur Erinnerung: Die Geschäftsführung wollte Mitte März die Station Michael 2 innerhalb von zwei Wochen schließen. Eine Kooperation stand nicht zur Debatte. Ziel der Geschäftsführung war die Schließung und das „Sich Befreien“ von einer scheinbar kostenintensiven Abteilung. Wäre eine tatsächliche Kooperation nicht auch eine Lösung für die Erhaltung der Station und damit auch langfristig für die Erhaltung der gesamten kideronkologischen Abteilung gewesen ? Wir möchten daran erinnern, dass auf dieser Station nicht nur onkologisch, sondern auch hämatologisch und immunologisch erkrankte Kinder - teilweise schon ihr Leben lang - behandelt wurden/werden. Die jetzige Kooperation ist entstanden aus dem immens hohen öffentlichen Druck und dient nur der Beschwichtigung der Öffentlichkeit.

Der Runde Tisch hat gezeigt, dass die Station wegen der Blockadehaltung der Geschäftsführung nicht zu retten ist. Der Träger will nunmehr – wie bereits erwähnt – den Stationsbetrieb nur noch bis zum 31.12.2007 aufrecht erhalten. Die kideronkologische Ambulanz soll aus seiner Sicht weiterhin bestehen bleiben. Sollte der Träger am verbliebenen status quo irgendetwas ändern, werden wir mit Nachdruck unseren Protest äußern.

Abschließend bleibt festzustellen, dass Ihr Verhalten in der Angelegenheit mehr als enttäuschend ist. Sie werden als Oberbürgermeisterin nur noch mit Projekten Rheinufer Süd, Zollhof und der Geschäftsführung des Klinikums wahrgenommen. Die Oberbürgermeisterin der Stadt hat nach unserer Auffassung weitergehende Aufgaben und Pflichten.

Proteste gegen die Fällung einer Platane im Rahmen des Projekts Rheinufer Süd besuchen Sie vor Ort, das „Vertreiben“ von 5 krebskranken Kindern während der Chemotherapie und die Schließung einer überregional anerkannten und geschätzten Kinderkrebstation veranlasst Sie - trotz der erheblichen Betroffenheit in der Bevölkerung - allenfalls zu einer Pressemitteilung mit dem Inhalt, dass das Klinikum die Kinderkrebstation nicht übernehmen kann. Dies ist mehr als enttäuschend !

Hochachtungsvoll

i. A. Ina Wegner
Elterninitiative zum Erhalt
der Kinderkrebstation am St. Annastifts Krankenhaus